SATZUNG

§ 1

Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen "Multikulturelles Forum" mit dem Zusatz "e.V." durch Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Lünen. Der Verein hat seinen Sitz in Lünen. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zweck des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung 1977" in der jeweils gültigen Fassung.

Zweck des Vereins ist die Förderung von Weiterbildung, Berufsbildung, Jugend- und Altenhilfe, Flüchtlingshilfe, Kultur und Völkerverständigung. Der Vereinszweck wird verwirklicht insbesondere **durch die** Entwicklung von multikulturellen Begegnungsmöglichkeiten, Sprachförderungs- und Bildungsmaßnahmen, Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Förderung des Kulturaustausches sowie durch die Unterhaltung von Beratungsstellen und multikulturellen Zentren, **weiterhin durch die sozialpädagogischen Hilfen und Betreuung von Familien, Jugendlichen und Kindern, insbesondere durch den Betrieb einer Tageseinrichtung für Kinder.**

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder des Vereins dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten. Der Verein darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

Ergänzung vom 30.08.1994 laut Beschluss der Mitgliederversammlung: Der Vereinszweck ergibt sich insbesondere durch den Betrieb eines Bildungswerkes (Bildungswerk "Multi Kulti") gemäß dem Gesetz zur Weiterbildung des Landes NRW in der jeweils gültigen Fassung.

Ergänzung vom 06.06.2005 laut Beschluss der Mitgliederversammlung: Der Vereinszweck wird durch Gründung einer gGmbH (Forum Multi-Kulti gGmbH) verwirklicht.

§ 3

Ordentliche Mitgliedschaft und Beitrag

Ordentliche Mitglieder des Vereins können alle natürlichen und juristischen Personen werden, die bereit sind, an den Aufgaben des Vereins mitzuarbeiten. Natürliche Personen müssen das 16. Lebensjahr vollendet haben. Bei Minderjährigen ist eine Einverständniserklärung eines Erziehungsberechtigten notwendig. Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Beitrittserklärung erworben, über deren Annahme der Vorstand entscheidet.

Die Mitgliedschaft wird beendet:

- a) Durch schriftliche Kündigung an den Vorstand zum Quartalsende mit vier Wochen Kündigungsfrist.
- b) Durch Ausschluss.
Der Ausschluss kann erfolgen,
 - wenn ein Mitglied mit der Zahlung der Beiträge für mehr als sechs Beitragsmonate in Verzug ist;
 - wenn ein Mitglied gegen die Vereinsinteressen verstößt.Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand gemeinsam mit dem Ehrenrat nach Anhörung des betroffenen Mitgliedes mit einfacher Mehrheit.
- c) Durch Tod.
- d) Durch Verlust der Rechtsfähigkeit.

In Mitgliederversammlungen dürfen sich keine neuen Mitglieder anmelden. Nur ordentliche Mitglieder dürfen wählen und gewählt werden.

Über die Aufnahme zur Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand.

Über die Höhe der Mitgliedsbeiträge entscheidet die Mitgliederversammlung; über Beitragsermäßigungen entscheidet der Vorstand.

§ 4

Fördernde Mitgliedschaft und Beitrag

Fördernde Mitglieder des Vereins können alle volljährigen Personen werden, die den Verein zur Erreichung seines Zweckes durch regelmäßige Spenden unterstützen. Die Fördermitgliedschaft wird durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand mit einer Verpflichtung zur monatlichen Spendenzahlung erworben. Fördernde Mitglieder sind nicht stimmberechtigt und können nicht in Organe des Vereins gewählt werden. Sie sind berechtigt, an Aktivitäten des Vereins teilzunehmen und erhalten Einsicht in den Jahresbericht des Vorstandes sowie in die Protokolle der Mitgliederversammlung auf Anforderung.

Für die Beendigung der Fördermitgliedschaft gilt § 3 Abs. 2 (Beendigung der ordentlichen Mitgliedschaft) entsprechend.

§ 5

Die Mitgliederversammlung

Im Kalenderjahr hat mindestens eine ordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden. Sie wird vom Vorstand unter Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen schriftlich einberufen. Weitere Tagesordnungspunkte, die zu keiner Beschlussfassung führen, können von jedem ordentlichen Vereinsmitglied zu Beginn der Mitgliederversammlung eingebracht werden.

Die Mitgliederversammlung beschließt über

-- Schaffung von besonderen Ausschüssen,	-- Beiträge,
-- Satzungsänderungen,	-- Wahl,
-- den jährlich vom Vorstand erstellten
Vereinshaushalt	-- Abberufung und Entlastung des
Vorstandes,
-- sowie über Wahl und Abberufung der Ehrenrats- und Aufsichtsratsmitglieder, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören dürfen, und auch nicht Angestellte des Vereins sein dürfen.	

Jedes ordentliche Mitglied hat in der Mitgliederversammlung eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.

Die Mitgliederversammlung beschließt im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der anwesenden ordentlichen Mitglieder. Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von zwei Dritteln der ordentlichen Vereinsmitglieder, zur Auflösung des Vereins eine solche von vier Fünfteln der ordentlichen Vereinsmitglieder erforderlich. Besteht für diese beiden Fälle keine Beschlussfähigkeit, wird unter Verwendung derselben Tagesordnung mit Hinweis auf die besondere Beschlussfähigkeit der Versammlung und einer Frist von vier Wochen erneut eingeladen. Dann entscheidet bei Satzungsänderungen eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden ordentlichen Mitglieder und bei Auflösung des Vereins eine Mehrheit von vier Fünfteln der anwesenden ordentlichen Mitglieder.

Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigelegt worden war.

Ergänzung vom 30.08.94 laut Beschluss der Mitgliederversammlung: Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

Zur Durchführung der Wahlen zum Vorstand benennt die Mitgliederversammlung einen Versammlungsleiter. Mitglieder des Vorstandes werden einzeln gewählt. Erreicht ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.

Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen können jederzeit vom Vorstand unter gleichen Modalitäten wie ordentliche Mitgliederversammlungen einberufen werden. Sie müssen einberufen werden, wenn 1/3 der ordentlichen Vereinsmitglieder dies schriftlich und unter Angabe des Zweckes und der Gründe vom Vorstand verlangt. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss außerdem einberufen werden, wenn es das Vereinsinteresse erfordert. Beschlussfähigkeit, Beschlussverfahren und Niederschrift haben einer ordentlichen Mitgliederversammlung zu entsprechen.

§ 6 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- der Vorstand (§ 7)
- der Aufsichtsrat (§ 8)
- der Ehrenrat (§ 9).

§ 7 Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern, und zwar dem/der Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden, dem/der Geschäftsführer/in, dem/der Kassenführer/in und drei weiteren Mitgliedern. Die Aufgabenverteilung regelt der Vorstand unter sich. "Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des BGB durch drei Vorstandsmitglieder und zwar den/die Vorsitzende(n) oder den/die stellvertretende(n) Vorsitzende(n) oder den/die Geschäftsführer/in vertreten, wobei mindestens zwei der oben genannten Vorstandsmitglieder für den Verein nach außen handeln".

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist jederzeit möglich. Bei Mandatsniederlegung wird der bestehende Vorstand von der Mitgliederversammlung durch Wahl eines neuen Mandatsträgers ergänzt. Der Vorstand kann nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesamten ordentlichen Vereinsmitglieder in einer Mitgliederversammlung abgewählt werden.

Vorstandssitzungen können vom bzw. von der Vorsitzenden oder dessen (deren) Stellvertreter/in einberufen werden. Die Einladung erfolgt in der Regel schriftlich, im Ausnahmefall mündlich, unter Bekanntgabe der Tagesordnung eine Woche vorher.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit. Über die Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen, welches vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Alle ordentlichen Mitglieder des Vereins haben das Recht auf Einsicht in das Protokoll.

Der Vorstand ist vor allem verantwortlich für:

- Führung der laufenden Geschäfte des Vereins; Näheres regelt die Geschäftsordnung sowie **die Ergänzung vom 30.08.1994 laut Beschluss der Mitgliederversammlung**: Satzung des Bildungswerkes "Multi Kulti", die der Genehmigung der Mitgliederversammlung bedarf.
- Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung.
- Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung.
- Aufstellung eines Haushaltsplanes für das laufende Geschäftsjahr und Erstellung eines Jahresberichts.

Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich und unentgeltlich tätig. Sollte der Vorstand beschließen, eine(n) hauptamtlich festangestellte(n) Geschäftsführer/in einzustellen, kann der/die Geschäftsführer/in auch gleichzeitig Mitglied des Vorstands sein; er (sie) erhält eine angemessene Vergütung.

Der Vorstand kann ihm (ihr) die Führung der laufenden Geschäfte übertragen, so dass er (sie) dann als Einzelperson im Namen des gesamten Vorstands den Verein auch nach außen vertreten und rechtsverbindliche Unterschriften leisten kann. Die jeweiligen Vollmachten sind durch eine Dienstanweisung festzulegen.

Die jeweils amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben solange im Amt, bis ihre Nachfolger gewählt sind und ihr Amt antreten können.

Fachbereichs-/ArbeitsbereichsvertreterInnen der nachfolgend aufgeführten Interessengruppen:

- **Jugendvertreter-/Sprecher**
- **MitarbeiterInnen**
- **nebenamtliche/nebenberufliche MitarbeiterInnen**
- **Vertreter der TeilnehmerInnen des Bildungswerkes**
- **Kindergarten**

werden an Vorstandssitzungen bei Bedarf beratend beteiligt.

§ 8

Der Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus drei ordentlichen Mitgliedern. Der Aufsichtsrat überwacht die Kassenführung und berichtet auf der Mitgliederversammlung über sein Prüfergebnis. Die Amtsdauer und die Wahl entspricht der des Vorstandes (§ 7).

§ 9

Der Ehrenrat

Der Ehrenrat besteht aus drei ordentlichen Mitgliedern. Der Ehrenrat überwacht, ob sich die Mitglieder des Vereins vereinschädigend verhalten und entscheidet im Falle eines solchen Verhaltens gemeinsam mit dem Vorstand über den Ausschluss ordentlicher und fördernder Mitglieder. Die Amtsdauer und die Wahl entspricht der des Vorstandes (§ 7).

§ 10

Die Auflösung des Vereins

Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der in § 5 Abs. 3 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Der Auflösungsbeschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgen. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Deutschen PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein Westfalen e. V., Wuppertal, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke zu verwenden hat.

Die Mitglieder des Vereins dürfen bei ihrem Ausscheiden oder bei der Auflösung bzw. Aufhebung des Vereins keine Anteile des Vereinsvermögens erhalten.

Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vereinsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

Lünen, 09.03.2017